

Matthias Schmidt (Berlin) (SPD):

Beendigungsgesetz zum Berlin/Bonn-Gesetz

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion Die Linke,

lassen Sie mich zunächst sagen, dass ich als Berliner Abgeordneter durchaus Sympathien für die Intention ihres Antrages „Beendigungsgesetz zum Berlin/Bonn-Gesetz“ hege. Gleichwohl – das wird Sie kaum überraschen – komme ich zu der Erkenntnis, dass ich ihren Antrag im Ergebnis ablehnen werde. Doch lassen Sie uns zunächst mit dem Positiven beginnen.

Der vollständige Umzug aller Ministerien nach Berlin ist sinnvoll. Dies ist augenscheinlich. Vordergründig werden oft die Reisekosten als erstes Argument aufgeführt. Es ist zwar richtig, dass diese dann nicht mehr anfallen würden, aber dies ist nur das schwächste Argument. Viel wichtiger ist aus meiner Erfahrung als ehemaliger Mitarbeiter eines Bundesministeriums in Berlin, dass derzeit die formale Arbeitseffektivität erheblich leidet. Aufgaben lassen sich an getrennten Orten nun mal schlechter lösen. Nicht zu unterschätzen sind aus meiner Sicht weiterhin die informellen Gespräche unter Kolleginnen und Kollegen auf den Fluren oder in den Kantinen. Informelle Kontakte haben auch in Behörden eine ausgesprochen wichtige Funktion. Diese fallen bei der derzeitigen Arbeitsteilung häufig weg, und dies allen modernen Errungenschaften wie E-Mail, Telefonkonferenz oder Ähnlichem zum Trotz. Hinzu kommt, dass ich in meinem Berliner Wahlkreis sehr häufig auf das Thema des vollständigen Regierungsumzuges nach Berlin angesprochen werde. Bürgerinnen und Bürger haben kaum Verständnis dafür, dass die Bundesregierung ihre Aufgaben noch immer an zwei mehr als 600 Kilometer voneinander entfernt liegenden Orten wahrnimmt. Ein vollständiger Umzug wäre effektiv, kostengünstig und umweltfreundlich.

Jedoch gibt es auch gewichtige Gründe, die gegen Ihren Antrag sprechen. Der wichtigste Grund – wir haben das schon in der ersten Lesung thematisiert – ist, dass Sie für den kompletten Umzug einen extrem kurzen Zeitraum gewählt haben. Binnen eines Zeitraums, der im Jahr 2020 abgeschlossen sein soll, einen solchen Umzug durchzuführen, ist aus Sicht der betroffenen Beschäftigten nur eines: Wahnsinn – mich erstaunt sehr, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Linken, dass Sie ausgerechnet die Interessen der Beschäftigten überhaupt nicht in den Blick genommen haben. Jede Arbeitsorganisation braucht Zeit, um solch einen Umzug zu planen und ihn dann sozialverträglich durchführen zu können.

Weiterhin spricht gegen Ihren Antrag, dass die Kosten für einen Umzug, insbesondere wenn er so schnell durchgeführt werden soll, immens sein werden. Unter dem Strich müssen wir konstatieren, dass die Amortisationsphase extrem lang sein wird.

Darum bin ich sehr zufrieden, dass die Beauftragte der Bundesregierung für den Berlin-Umzug und den Bonn-Ausgleich einen hervorragenden Statusbericht vorgelegt hat. Dieser ist eine ehrliche Grundlage, um die notwendige Diskussion über einen sozialverträglichen Umzug anzustoßen. Lassen Sie uns in der nächsten Legislaturperiode hieran gemeinsam arbeiten.